

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

40 (13.12.1949)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entzogenommen in Mannheim, S. 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Aus dem Inhalt:

„Neuzeitlicher Kapitalismus“

Merkwürdige Zustände im Grenzgängerlager

Die Jahre der Erfolge haben begonnen

Fiasko der Pfundabwertung

Jahrgang 1 / Nr. 40

Donnerstag, 13. Dezember 1949

Preis 15 Pf.

## Kostoffs Verrat bewiesen

Sofia. (E. B.) Im Verlaufe des Prozesses gegen den Agenten und Spion Kostoff, der eine Zeitlang stellvertretender bulgarischer Ministerpräsident war, wurde ein Brief des verstorbenen Ministerpräsidenten Dimitroff verlesen, in welchem dieser Kostoff als „raffinierten und erfahrenen Verräter“ verurteilte.

## Todesstrafe für Verräter beantragt

Sofia. (Nach UP und EB). Gegen Kostoff beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Die in der Anklage erhobenen Beschuldigungen gegen Kostoff seien in folgenden Punkten erwiesen: Seit dem Jahre 1942 betätigte sich Kostoff innerhalb der Kommunistischen Partei als Polizeiagent. Seit 1944 hat Kostoff mit dem britischen Geheimdienst zusammengearbeitet. Mit Tito hat sich Kostoff auf Anordnung amerikanischer und britischer Auftraggeber in Verbindung gesetzt, um Bulgarien zu einer jugoslawischen Kolonie zu machen. Gemeinsam hat Kostoff mit Tito die Ermordung des Ministerpräsidenten Dimitroff geplant.

## Ein Tschiangkai-schek in Indochina wird gesucht

Paris. Die Pariser „Aurore“ berichtet aus Washington, daß geplant sei, Frankreich einen Kredit von 75 Millionen Dollar zu gewähren, der ursprünglich Tschiangkai-schek zugedacht gewesen war. Die amerikanische Regierung und vor allem der Generalstab wollen diesen Kredit zur „Verteidigung Indochinas gegen den Kommunismus“ geben. Ob Bao Dai den französischen Vasallen in Indochina lockt, auf diesem Weg einem genau so schnellen Ende entgegenzutreten wie Tschiangkai-schek?

## USA vor Steuererhöhung

Der Budget-Vorschlag des Haushaltsjahres 1950/51 der USA soll an Ausgaben 43,5, dagegen an Einnahmen nur 38 Milliarden Dollar vorsehen. Truman will entsprechend dem Kongreß im Januar eine Steuererhöhung von mindestens 5 Milliarden Dollar vorschlagen.

## Sowjetunion unterzeichnet Rot-Kreuz-Konvention

Genf. Die revidierte Genfer Konvention über die Behandlung von Gefangenen, Verwundeten und Zivilisten in Kriegszeiten ist mit der Einschränkung, sich das Recht vorzubehalten, mit Kriegsverbrechern unter Kriegsgefangenen nach eigenem Ermessen zu verfahren, von der Sowjetunion unterzeichnet worden.

## Generalstreik der Eisenbahner in Frankreich beschlossen

Paris. (E. B.) Ein Ausschuss aller französischer Eisenbahngewerkschaften beschloß, in den Generalstreik zu treten, wenn die Regierung die Eisenbahnkonventionen kürzt. Die Sparmaßnahmen der Regierung würden — wie es in einer Erklärung heißt — zu einer Einschränkung des Eisenbahnverkehrs um 40 Prozent führen. Die dadurch notwendig werdenden Massenentlassungen würden einen Bruch der bestehenden Arbeitsverträge darstellen.

## Im Streiflicht gesehen

Neunjähriger vertrat seine Mutter auf der Anklagebank

Berlin. (dpa) Zum Erstaunen des Gerichtes nahm in einer Verhandlung wegen verbotenen Glückspiels ein etwa neunjähriger Junge auf der Anklagebank vor der Ersten Großen Strafkammer in Moabit Platz. Es stellte sich heraus, daß er das Nichterscheinen seiner erkrankten Mutter entschuldigen wollte. Als der Vorsitzende ihn scherzhaft fragte, ob er an Stelle seiner Mutter verurteilt werden wolle, verließ er fluchtartig den Gerichtssaal.

Gouverneur an den Folgen von Messerschnitten gestorben

Singapur. Der Gouverneur der britischen Kolonie Sarawak, Duncan George Stewart, starb am Samstag an den Stichwunden, die ihm ein 16 Jahre alter Malai vor einer Woche beigebracht hatte. Er war mit einem Flugzeug nach Singapur ins Lazarett gebracht worden.

Fußzehen wird Daumen

London. Ein neunjähriges Mädchen, das bei einem Unglücksfall alle Finger der linken Hand verloren hatte, erhielt durch operative Verpfanzung einer seiner Fußzehen einen neuen Daumen.

77-jähriger Vater schlug 53 Jahre alten Sohn bewußlos

Eßlingen/Stuttgart. (dpa) „Was, Bürschle, du schlägst nach deinem Vater?“ hatte ein 77-jähriger Mann in Eßlingen seinen 53-jährigen Sohn angeschrien. Dann hatte er mit einem eineinhalb Meter langen Pfosten solange auf seinen Sohn, der sich mit einer Axt verteidigte, eingeschlagen, bis dieser bewußlos zusammengebrochen war. Weit über den Richtertisch gebeugt und mit allen

## Bonn hält den Preissteigerern weiter die Stange

Reaktionäre Bundestagsmehrheit lehnt KPD-Antrag für Maßnahmen gegen das Weitersteigen der Preise ab

Bonn. (SID) Interessante Offenbarungen ergaben sich bei der letzten Bundestags-sitzung, als die KPD-Fraktion Maßnahmen der Regierung gegen die nach der DM-Abwertung im Oktober eingetretenen Preissteigerungen forderte. Der Bericht des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, der von dem CDU-Abgeordneten Eitel gegeben wurde, forderte die Ablehnung des KPD-Antrages.

Abg. Rische (KPD) stellte fest, daß jeder Geschäftsmann und jede Hausfrau weiß, daß die Preise sofort nach der Währungsabwertung anstiegen. Als dies von der CDU, FDP, DP im Saale bestritten wurde, konnte ein Zuhörer auf der Tribüne nicht an sich halten und rief: „Das ist doch wahr! Wir müßten 1200.— DM im Monat verdienen, um mit unserer Familie leben zu können.“

Rische bewies dann an Hand von Aufhebungen bürgerlicher und CDU-Zeitungen, welche unerhörten Preiserhöhungen nach dem Oktober wieder stattgefunden haben. „Durch die rücksichtslose Preispolitik der Regierung Adenauer wächst ja schon der Widerstand der Bevölkerung und die Geduld des Volkes ist wirklich zu Ende.“

Durch die treffenden Ausführungen des Abg. Rische sah sich der SPD-Abg. Schötle kurz vor der Abstimmung gezwungen, namens seiner Fraktion die Erklärung abzugeben, daß er dem Bericht des wirtschaftspolitischen Ausschusses nicht zustimmen könne, da dies einer Zustimmung zur

## Nicht nachlassen im Kampf gegen Adenauers Politik

Die Protestwelle in Westdeutschland

München. (E. B.) Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute des Eisenbahnausbesserungswerkes München-Neuaubing, von Rodenstock, Agfa und Kustermann, München, protestieren gegen die Verschärfung des Ruhrgebietes an das westliche Monopolkapital. Gleichzeitig wandten sich diese Betriebe gegen die Verlängerung des Notopfers Berlin. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Duisburg wird aufgefordert, für die sofortige Aufhebung des Notopfers einzutreten.

## Wuppertaler Gewerkschaftsfunktionäre gegen Petersberger Abkommen

Wuppertal. (E. B.) In einer Versammlung der Wuppertaler Betriebsratsvorsitzenden, Gewerkschaftsvorstände und Funktionäre verteidigte das Mitglied des DGB-Vorstandes, vom Hoff, Düsseldorf, die Haltung des Bundesvorsitzenden Böckler in der Frage des Ruhrstatus. Nach eingehender Diskussion wurde mit großer Mehrheit eine Ent-

## Mitbestimmungsrecht erzwungen

Erfolgreicher Streik in den Maggi-Werken Singen. (E. B.) Die Direktion der Maggi-Werke erklärte sich ohne Einschränkungen bereit, das Mitbestimmungsrecht ihrer Be-

## Töging, ein zweites Watenstedt-Salzgitter

Die Demontagekosten würden den Bau von 120 modernen Wohnungen ermöglichen — Die Bevölkerung Töging in Alarmzustand

Töging. (Nach dpa u. E. B.) Der völlig überraschend gekommene Demontagebefehl des Aluminiumwerkes Töging hat die Belegschaft des Betriebes wie die gesamte Bevölkerung noch nicht eine Minute zur Ruhe kommen lassen. Protestversammlungen wechseln mit Verhandlungen mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium ab. Aus den Verhandlungen mit den deutschen Uebermittlern des Demontagebefehls konnte die Belegschaft und Bevölkerung noch keinen Hoffnungsstrahl erblicken. Auf einer jetzt durchgeführten Protestkundgebung wurde zur Verhinderung der Demontage des Ofenhauses III des Aluminium-Werkes auf Anraten der Betriebsräte beschlossen, eine Beteiligung an der befohlenen Demontage abzulehnen.

## Leverkusen will demonstrieren

Leverkusen. (dpa) Die Arbeiter und Angestellten der großen Bayerwerke in Leverkusen drohen mit Demonstrationen, wenn nicht in Kürze die Steuererhöhung für Weihnachtsgattungen positiv geklärt wird. Ein entsprechendes Telegramm an Dr. Adenauer und den Finanzminister Dr. Schäfer ist abgegangen.

## Hungerstreik japanischer Eisenbahnarbeiter

Japanische Regierung sabotiert Lohnerhöhung

Tokio. (dpa) In ganz Japan sind am Sonntag die Eisenbahnarbeiter in einen Hungerstreik getreten, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Als sich eine Abordnung der Streikenden im Landsitz von Ministerpräsident Shigeru Yoshida meldete, lehnte er es ab, sie zu empfangen. Er begab sich an seinen Amtssitz in der Hauptstadt. Dort wartete jedoch schon eine weitere Delegation auf ihn.

Ein Schiedsgericht hatte bereits vor längerer Zeit Lohnerhöhungen für die Eisenbahnarbeiter empfohlen. Die Regierung hat zu diesen Vorschlägen jedoch noch nicht Stellung genommen.

Demonstration vor Kaiserpalast 30 000 japanische Gewerkschaftsmitglieder

30 000 japanische Gewerkschaftsmitglieder demonstrierten vor dem kaiserlichen Palast in Tokio für die Festschreibung von Mindestlöhnen und die Gewährung einer Neujahrs-Gratifikation.

## In Athen ruhte die Arbeit

Athen. (E. B.) In Athen und Pyraus ruhte 48 Stunden die Arbeit. 70 000 Arbeiter streikten 48 Stunden gegen die hohen und ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 40 Prozent. Der Streik wird als größter seit Kriegsende bezeichnet. 50 000 Staatsangestellte setzten ihren unbefristeten Streik, um gleichfalls eine 40prozentige Gehalts-erhöhung durchzusetzen, fort.

## Achtköpfige Flüchtlingsfamilie kumpiert im Freien

Auf die Probe gestellte „christliche Nächstenliebe“

München. (dpa) Der Zugschaffner Vincent Knirsch aus Troppau (Sudetenland) kumpiert mit seiner achtköpfigen Familie seit Oktober dieses Jahres in Daschendorf, Kreis Oberrhein, unter freiem Himmel. Die Familie mußte wegen Mietsstreitigkeiten aus einer Wohnung ausziehen und errichtete sich mit Decken und Zeitplanen einen notdürftigen Witterungsschutz. In der Gemeinde konnte bisher kein Raum für die Familie freigemacht werden.

Vier Söhne im Alter von sechs bis zwölf Jahren sind im November so schwer er-

## Die Kriegstreiber flüchten in die Pose des Pilatus

Von Willy Grimm

Ein Blick in die Blätter des Westens könnte zu dem Glauben verführen, daß man 14 Tage lang geschlafen und nur von einem bösen Traum verfolgt worden sei. Die Remilitarisierung Westdeutschlands sei nicht akut, „alle sind sie dagegen“, Dr. Adenauer „berichtigt noch immer“, also: Die Remilitarisierung muß nur ein Alpdruck gewesen sein, von dem niemand weiß, woher er so plötzlich gekommen, ist die übereinstimmende Lesart der bürgerlichen Presse.

Es wird uns ein reichlich starker Tabak zugemutet, wenn wir das alles schlucken sollen, was an Versicherungen gegeben wird, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht die große Gefahr gegenwärtig sei. Daß die Generalstäbe der westlichen Alliierten eine Remilitarisierung „in gewissem Umfang“ für nötig hielten und dies vor der Weltöffentlichkeit ausgesprochen haben, läßt sich nicht im geringsten bestreiten. Daß Dr. Adenauer das Angebot eines „deutschen Kontingents in einer europäischen Armee“ machte, auch nicht. Daß in diesem Zusammenhang sehr eingehende Erörterungen geführt wurden über die Verteidigungslinie des Westens an der Elbe, dem Rhein oder den Pyrenäen, ist ebenfalls unbestreitbar. Was ist nun also plötzlich los?

Dr. Adenauer hat mit voller Absicht die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands auf Tapet gebracht. Bei den westlichen Alliierten wünschte man es offenbar so. Nun machte man einige trübe Erfahrungen. Die Außenminister des Westens, die Verantwortlichen in den Regierungen, sind erschrocken über das Echo, das ihre Remilitarisierungspläne unter dem schaffenden Volk aller ihrer Länder hervorgerufen hat. Sie haben ein heißes Eisen angefaßt und sind sich darüber klar geworden, daß es so, wie sie es mit der Remilitarisierung Westdeutschlands eingefädelt hatten, nicht geht. Sie haben sich schnell, als ob es auf Kommando gegangen wäre, in die Pose des Pilatus geworfen und „waschen ihre Hände in Unschuld.“

Die Wogen der Empörung über die Schamlosigkeit, mit der die Organisation des 3. Weltkrieges betrieben wird, hat sicherlich niemand im Lager der Imperialisten veranlaßt, in der praktischen Durchführung der Remilitarisierung Westdeutschlands auch nur einen Pflock zurückzustecken, aber man hält es notwendig, nunmehr „taktisch etwas umsichtiger“ zu operieren, „gründlicher die öffentliche Meinung zu kneten“ und etwas „sorgsamer den Zeitpunkt auszuwählen“, an dem man die Karte der Remilitarisierung Westdeutschlands auf den Tisch legen wird.

Die Einmütigkeit, mit der die Schöpfer des Atlantikpaktes, die Einpeitscher der Europa-Union, die Zwangsvollstrecker des Marshallplanes, die Initiatoren wie die Beauftragten des Besatzungs- und Ruhrstatus und der Ueberfremdung der westdeutschen Industrie hinter die Meinung der Volksmassen gegen jede Remilitarisierung Westdeutschlands sich stellen, ist zu verdächtig, um wahr zu sein.

Die Pariser Zeitung „Le Monde“, die in Frankreich begeistert den Vorschlag einer deutschen Söldnerarmee beklatschte, ist plötzlich auch für eine „Aufschiebung des Themas der Remilitarisierung Westdeutschlands.“ Einstweilen soll man aber doch etwas tun, um Westdeutschland in der Front der Kriegstreiber stark zu machen. „Es sei klug“, meint das Blatt, „zuerst die Verteidigung Westeuropas durch den Bau befestigter Stützpunkte zwischen Rhein und Elbe zu organisieren.“ Die Arbeiten dazu sollten deutschen Privatunternehmen übergeben werden. Die „Monde“ weist darauf hin, daß die Siegfried-Linie errichtet wurde, bevor Hitlers Aufrüstungsprogramm vollständig durchgeführt war.“ Die befestigten Stützpunkte also in Westdeutschland bedeuten keinen Zeitverlust, auch wenn die deutsche Söldnerarmee nicht heute, sondern erst morgen oder übermorgen aufgestellt wird. An Offenheit läßt die französische Zeitung nichts zu wünschen übrig.

Die Stimmen gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland, so weit sie aus Kreisen der bürgerlichen Parteien gekommen sind, haben noch einen anderen Hintergrund. Ihre jetzige Ablehnung schließt die Remilitarisierung Westdeutschlands gar nicht aus, aber den Preis, den Dr. Adenauer dafür zu bezahlen gewillt ist, erscheint ihnen noch zu hoch. Sie halten es für die richtige Taktik, „erstweilen noch prinzipiell dagegen“ zu sein, weil zu einem späteren Zeitpunkt die westlichen Kriegstreiber willens sein müßten, — so ist ihre Rechnung — für das deutsche Kanonenfutter in „westdeutschen befestigten Stützpunkten“ mehr als Gegenleistung unserer reaktionären Bonner Regierung zu geben, als dies zur Zeit der Fall ist.

Nach Sachlage der Dinge gibt es tatsächlich nicht einen einzigen Grund, der zum Nachlassen der Wachsamkeit und des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands verführen dürfte. Im Gegenteil! Jetzt erst recht die Mobilisierung der Betriebe und aller Friedensfreunde gegenüber dem Einschleiferungsversuch, der unternommen wird, damit die Kriegstreiber doch ihr Ziel erreichen sollen.

Das Land dem, der es bebaut

Flammenzeichen in Italien

Italienische Bauern helfen sich selbst — De Gasperis Bauernfang zieht nicht mehr

(R.B.) Seit Wochen gibt es unter den italienischen Bauern und Landarbeitern eine gewaltige Bewegung, Bauernkolonnen ziehen auf die brachliegenden Felder der großen Gutsherren und teilen das Land auf, das von den Latifundien-Besitzern nicht bebaut wird, obwohl es dem italienischen Volk am Brot und am Notwendigsten mangelt.

Die italienischen Bauern haben einsehen gelernt, daß der Gott de Gasperis nur demjenigen hilft, der sich selbst hilft. Die Bewegung in Italien kommt nicht mehr zum Stillstand. Von Provinz zu Provinz schwellt der Brand.

In Italien liegen die Bodenbesitzverhältnisse noch krasser als in den Kolonialländern. Millionen italienischer Bauern besitzen nicht eine Krume Acker. Sie müssen ihre Arbeitskraft den Latifundien-Besitzern verkaufen und, wenn sie für sich selbst ein Stück Land unter den Pflügen nehmen wollen, zu hohen Sätzen Land pachten.

Ueber die Größe des Landbesitzes einiger weniger Großgrundherren vermögen sich nur wenige ein Bild zu machen. Der Fürst Torlonia, der kürzlich ermordet wurde, besaß in Latium 13 200, in der Sabina 10 200, in den Abruzzen 14 000, in Umbrien 2000 und in der Emilia 5000 Hektar. Insgesamt hatte er mit anderen Besitzungen zusammen 50 000 Hektar Land.

Brachland und Lebensmittelfuhr

Kalabrien, das der christliche Ministerpräsident jetzt besuchte, ist eines der ärgst-betroffenen Notstandsgebiete. Dort gibt es Grundbesitzer von 300 bis 100 000 Morgen Schlimmer noch als die Konzentration des Bodens in wenigen Händen ist die Art und Weise, wie dieser Boden bewirtschaftet wird. In Italien, das für teures Geld Lebensmittel einführen muß, gibt es riesige Ländereien, die als Weideland verkommen. Würde dieses Land bebaut, wäre Italien von Lebensmittelfuhr unabhängig.

Neben diesem Brachland leben Millionen landloser Bauern, denen es an Brot fehlt, für das die Aecker der Gutsherren das Getreide tragen könnten.

3000 Hektar für die „Bodenreform“

Wenn sich Herr de Gasperi jetzt, nachdem die Bauern die Geduld verloren und sich das Land nahmen, daran zu erinnern scheint, daß er auch einmal von einer Bodenreform in Italien gesprochen hat, dann mag keiner auf den Gedanken kommen, es wäre seine Absicht, den armen Bauern zu helfen. Was er vor hat, sind neue Beschäftigungs- und Betrugsmanöver. In ganz Kalabrien, wo er Grundbesitzer mit 100 000 Hektar gibt, will er sage und schreibe 3000 Hektar für die Bodenreform mobilisieren. Im Verlauf von sechs Jahren sollen dann weitere 45 000 Hektar folgen. Darauf würden allerdings die Bauern genau so vergebens warten müssen, wie die Flüchtlinge in Westdeutschland auf ein Stück Land aus der Bodenreform.

Bauern und Arbeiter Arm in Arm

Die italienischen Bauern wissen es, und wen sie heute Arm in Arm mit den Arbeitern sich für das selbstverständliche Recht einsetzen, daß dem, der den Boden bebaut, auch der Boden gehören muß, dann zeigt dies, daß sie es aufgegeben haben, an die Versprechungen der De-Gasperis-Regierung zu glauben. Die Bewegung in Italien wird nicht eher zum Stillstand kommen, bis die Bauern das Brot der Aecker, die sie jetzt für andere bearbeiten, auch essen dürfen.

Blut löscht keinen Anspruch

Den Bauern kamen die Werktätigen ganz Italiens zu Hilfe. Sie beantworteten die blutigen Zwischenfälle, die durch die De-Gasperis-Regierung ausgelöst wurden, mit Streiks, die die ganze Wirtschaft Italiens lahmlegten. Der Ministerpräsident begann einzusehen, daß man mit Blut keine berechtigten Ansprüche auslöschen kann. Es geschah das Wunder, daß sich ein leibhaftiger Minister höchstpersönlich in die Elendsdörfer Kalabriens begab, an Stätten, deren Bewohner sich nicht daran erinnern können, jemals einen Minister gesehen zu haben. Der Herr Ministerpräsident versprach. Er versprach, was er schon versprochen hatte, bevor er mit Hilfe der Kanzel zum Ministerpräsidenten gewählt wurde: eine Bodenreform.

Der Brand schwellt weiter

Was ihm vor der Wahl noch gelang, gelingt Herrn de Gasperi heute nicht mehr.

Die Jahre der Erfolge haben begonnen

Aus eigener Kraft wurde es geschaffen

Seit dem 1. Dezember wurde in der Deutschen Demokratischen Republik das bisher gültige Kartensystem abgeschafft. Für die gesamte Bevölkerung ist eine einheitliche Grundkarte eingeführt worden, die die Benachteiligung der Landbezirke und Kleinstädte gegenüber den 18 Großstädten aufhebt und mit der allgemeinen Rationserhöhung eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards garantiert. Den Zuteilungen von 1946 steht jetzt ein Mehrbedarf von 56 Proz. Brot, 173 Proz. Nahrungsmittel, 58 Proz. Fleisch, 95 Proz. Fett und 45 Proz. Zucker gegenüber, der größtenteils durch Einfuhren gedeckt werden wird.

Die systematische Steigerung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik war und ist auf die Dauer nur möglich durch die demokratische Wirtschaft, deren Grundlagen die Ueberführung der Betriebe der Kriegsverbrecher in Volkseigentum und die Bodenreform waren, durch die der Grundbesitz unter landarmen Bauern und Neubauern aufgeteilt wurde. Ihr Inhalt ist die planmäßige Produktion und Verteilung der Güter nach dem Bedarf der Bevölkerung mit Hilfe des Zweijahresplanes. Das nächste Ziel ist die Abschaffung der Rationierung für Lebensmittel — mit vorläufiger Ausnahme von Fett und Fleisch — und die Aufhebung der Bewirtschaftung für Gebrauchsgüter. Die Leistungen der Aktivisten, der technischen Intelligenz und die Handelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion, mit den Volksdemokratien und vielen kapitalistischen Ländern auf gleichberechtigter Basis sind die Gewähr dafür, daß dieses Ziel nach der Ernte im nächsten Jahre erreicht sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wird auch das heute noch bestehende doppelte Preisniveau — Freiverkaufspreis bei der HO und üblicher Verkaufspreis bei Markenabgabe — abgeschafft sein. Die Steigerung der Produktion und des Außenhandels haben bereits schrittweise das Preisniveau der HO um 70 Proz. abgebaut und diese Erfolge werden auch in

Zukunft der Bevölkerung mehr und bessere Freile-Waren zu billigeren Preisen bringen. Wie sehr die HO im Dienste des Volkes steht, beweisen ihre neuen Preisensenkungen im Hinblick auf die erhöhten Weihnachtswünsche der Bevölkerung. 10 000 Artikel bester Qualitätswaren stehen als Weihnachtsgeschenke zur Auswahl. Geschmackvolle „Weihnachtsgeschenkkörbe“ für 21 DM sind gefüllt mit Bohnenkaffee, Keks, Dragees, Fondants und Salamawurst. Von den feinsten Lederwaren, Parfümrien und Textilwaren zu erheblich gesenkten Preisen bis zu warmen Hausschuhen zu 4,55 DM ist alles zu haben. Auch Gänsbraten ist heute kein leerer Wunschtraum mehr für die werktätige Bevölkerung, den am 3.12. wurden die Preise für in- und ausländisches Geflügel wesentlich herabgesetzt.

Den werktätigen Menschen, die alle Werte mit ihrer Arbeit schaffen, wird der Weihnachtseinkauf besonders leicht gemacht. In den Großbetrieben wurden HO-Stützpunkte eingerichtet, und ein Stab von Reisenden bringt Musterkollektionen direkt an die Arbeitsstätte. Dem Werktätigen gebührt die erste und beste Wahl; stark gefragte Festtagsartikel, wie Kakao und Bohnenkaffee z. B. werden ihm bevorzugt geliefert. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind berechtigt, zu sagen: Jetzt haben die Jahre der Erfolge begonnen.

Guy Mollet's und Leon Blum's Gemeinsamkeit mit Adenauer

Warum kritisieren sie die SPD?

Guy Mollet, der Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs hat den Pariser Korrespondenten des sozialdemokratischen Presedienstes im Verlaufe eines Interviews die Leviten gelesen, und zwar ganz gehörig. Seinen ganzen Unwillen hat er ausgedrückt darüber, daß die rechten SPD-Führer, an ihrer Spitze Dr. Schumacher (mit Worten), gegen Adenauer opponierten wegen seiner Bereitwilligkeit, an der Ruhrbehörde mitzuarbeiten, und so das Ruhrstatut zu sanktionieren, dessen Hauptinhalt es ist, das industrielle Herz Deutschlands der Verfügungsgewalt des deutschen Volkes vorzuenthalten und es dem internationalen Monopolkapital und letzten Endes den Herren der Wallstreet in New York zu überantworten. Damit ist schon gesagt, was zu entgegen war auf die Erklärung Mollets, daß er und seine Freunde die Lösung in der Internationalisierung der Ruhr sehen.

mit der Frage der Remilitarisierung in Verbindung bringt. „Nach dieser Versöhnung“, schreibt das Blatt, „werden die Parteien der Regierungskoalition und die sozialdemokratische Opposition vielleicht eher in der Lage sein, sich im Bundestag, wenn dieser in irgendeiner Form zur Frage der Wiederbewaffnung Stellung zu nehmen hätte, über eine staatspolitisch vernünftige Rollenverteilung zu verständigen.“

Kanonenfutter soll Deutschland liefern in einem Krieg gegen die SU, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen die Deutsche Demokratische Republik. Die Adenauer und die Schumacher sollen nach wohlinstudiertem Plan Regierung und Opposition spielen — das haben wir aus dem Schweizer Blatt zitiert —, wenn im Bonner Bundestag es dem deutschen Volk schmackhaft gemacht werden soll, seine Söhne herzugeben für einen blutigen Krieg, der sich seinem ganzen Charakter nach gegen unser Volk selber richten muß. Und im Hintergrunde stehen nicht nur das amerikanische und das britische Monopolkapital, sondern auch rechte sozialdemokratische Führer, von denen Guy Mollet und Léon Blum eben sichtbar wurden.

Was zu tun ist, um die Gefahr zu bannen, die immer drohender heraufzieht! Der Spaltung der Arbeiterklasse den Willen zur Herstellung ihrer Einheit gegenüberstellen! All den Redereien von „Europa“, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als die Unterwerfung Westdeutschlands letztlich unter das amerikanische Monopolkapital, begegnen mit der Bildung der nationalen Front aller guten Deutschen! Und überall das Volk, die Friedensfreunde sammeln zum entschlossenen Kampf gegen alle Kriegsanzüchter, gegen jede Kriegsvorbereitung!

„Wir kennen diese Praxis!“

Abrechnung mit Erhards Wirtschaftspolitik

Bonn. (SID) Zu einer glänzenden Abrechnung mit der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Adenauer entwickelte sich die Debatte über eine Anfrage der KPD-Fraktion an den Vizekanzler Blücher. Die Anfrage der KPD-Fraktion verlangte Aufklärung über den geplanten Wegfall der Subventionen für Lebensmittel, den Blücher anlässlich der Generalversammlung des Fachverbandes des Groß- und Außenhandels in Düsseldorf ankündigte. Abg. Fritz Rische (KPD), der die Debatte für die Kommunistische Fraktion führte, hob unter anderem hervor, daß der Herr Vizekanzler dem Vertreter des Großhandels die Preisgabe der Subventionen und damit höhere Lebensmittelpreise und höheren Profit verspricht, wobei er diesmal so gnädig war auch an die Erhöhung der Löhne zu denken. „Wir kennen diese Praxis“, rief Rische aus, „man wird zwar die Preise erhöhen, aber die versprochene Erhöhung der Löhne wird man zu verschleppen wissen.“

am 1. Juli 1950 die Subventionen eingestellt würden, stellte Rische weiter fest. Niklas käme damit einer Forderung der amerikanischen Weizenmonopolisten nach, die ihren Weizen zu den überhöhten Stützungspreisen in Deutschland verkaufen wollten. Die Hebung des inländischen Getreidepreises auf den Weltmarktpreis würde die Ernährungskosten um etwa 25 Prozent verteuern und eine vierköpfige Familie müßte allein für Brot und Mehlgüter 4 DM im Monat mehr ausgeben. Gewiß seien Subventionen für jede Wirtschaft kein erfreulicher Zustand, aber sie sind die Folgen der Unterordnung Westdeutschlands unter den Marshallplan und somit die Folge einer völlig verkehrten Wirtschaftspolitik.

Rische befaßte sich dann mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, die wesentlich anders zu beurteilen sei als in Westdeutschland. „Dort wurde in einer Wirtschaft, die der eigenen Kraft vertraut, ein entscheidender Schritt zur Normalisierung der Verhältnisse vollzogen“, sagte Fritz Rische. In der Deutschen Demokratischen Republik habe man die Subventionen aufgehoben im Augenblick einer starken Ausweitung des Wirtschaftsvolumens und im Zusammenhang mit der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die eingesparten Subventionen in Höhe von 200 Mill. DM werden dort in einer völlig schuldenfreien Wirtschaft investiert. Rische wies dann auf die ungeheure Verschuldung Westdeutschlands hin, die erst vor kurzem von offizieller Seite zugegeben wurde und allein für die sogenannte Marshallplanhilfe 13 Milliarden DM beträgt.

Fritz Rische fragte den Vizekanzler, warum er sich nicht einmal mit den Gewerkschaften über solche Probleme unterhalte, anstatt nur mit Unternehmerverbänden. Auch sei interessant, daß der sattsam bekannte Herr Schlange-Schönningen etwa zur selben Zeit ebenfalls vor Großhändlern, die am Einfuhrgeschäft verdienen, die Angleichung der Inlandpreise an den Weltmarktpreis verlangt habe. Die Werktätigen hätten alle Ursache, auf derartige Erklärungen zu achten denn hier bereite man einen unerhörten Preisauftrieb zu Lasten der Verbraucher vor. Auch Herr Bundesernährungsminister Dr. Niklas hat angekündigt, daß



Wer ist Stalin?

Tatsachenbericht aus dem Leben eines großen Revolutionärs

Kein Zwang, kein Kommandieren gegen die Massen!

Die Zentralkomitee war sich klar darüber, daß nach der Beendigung des Krieges und dem Uebergang zum friedlichen Aufbau das System des Kriegskommunismus nunmehr überholt war. Die Notwendigkeit der Ablieferungspflicht war entfallen. Den Bauern mußte die Möglichkeit gegeben werden, einen großen Teil der Ueberschüsse ihrer Produktion zu verwerten. Dadurch würde es ermöglicht werden, die Landwirtschaft den Warenmarkt zu beleben, die Industrie zu heben, die Versorgung der Städte zu verbessern, eine neue wirtschaftliche Grundlage für das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu schaffen.

siegreichen Vormarsches der Revolution lösen sollte. Der X. Parteitag (März 1921) faßte die Ergebnisse der Diskussion über die Gewerkschaften zusammen und billigte mit überwältigender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform. Von außerordentlicher Bedeutung war der Beschluß des Parteitages über den Uebergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer, über den Uebergang zur Neuen Oekonomischen Politik (NÖP), deren Schöpfer und Initiator Lenin war. Der Beschluß des X. Parteitages über den Uebergang zur Neuen Oekonomischen Politik sicherte das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft für den Aufbau des Sozialismus.

Trotzkisten wollen die Partei von den Massen trennen

Die parteifeindlichen Gruppierungen suchten jedoch die Partei an der Ausarbeitung der neuen Einstellung zu hindern. Ende 1920 zwangen sie der Partei die sogenannte Gewerkschaftsdiskussion auf. In der Tat ging ihre Bedeutung weit über den Rahmen der Gewerkschaftsfragen hinaus. Im Grunde genommen ging der Kampf um die Frage der Beziehungen zur Bauernschaft, der Beziehungen der Partei zu den Massen der parteilosen Arbeiter, überhaupt um das Herangehen der Partei an die Massen in der neuen Situation. Die Trotzkisten schlugen die „weitere Anziehung der Schrauben“ des Kriegskommunismus vor. Mit ihrer verräterischen Politik des groben Zwanges und Kommandierens gegenüber den Massen hatten sie es darauf abgesehen, die parteilosen Arbeiter gegen die Partei aufzubringen und die Existenz der

Der gleichen Hauptaufgabe diente auch der Beschluß des Parteitages über die nationale Frage. Das Referat über „Die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ wurde auf dem Parteitag von Stalin gehalten.

Schweres Erbe der Vergangenheit

Im Referat Stalins und in der Resolution des Parteitages war die grundlegende praktische Aufgabe in der nationalen Frage klar und genau formuliert. Wir haben der nationalen Unterdrückung ein Ende gemacht, sagte Stalin, aber das ist nicht ausreichend: das schwere Erbe der Vergangenheit, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Rückständigkeit der früher unterdrückten Nationen muß beseitigt werden; man muß ihnen helfen, auf diesen Gebieten Zentralrußland einzuholen. Stalin rief die Partei auf, den Kampf gegen den Großmacht-Chauvinismus, den großrussischen Chauvinismus als die

Was ist Trotzkismus?

Wer liefert der konterrevolutionären Bourgeoisie eine organisatorische Waffe in Gestalt von Versuchen, unterirdische sowjetfeindliche Organisationen zu bilden? Diese Waffe liefern ihr die Trotzkisten, die ihre eigene antibolschewistische illegale Gruppe organisiert. Es ist Tatsache, daß die unterirdische sowjetfeindliche Arbeit der Trotzkisten die organisatorische Gestaltung der sowjetfeindlichen Gruppierungen in der Sowjetunion erleichterte.

Hauptgefahr, sowie gegen den lokalen Nationalismus zu führen. Das erste Jahr der NÖP war verfloßen. Auf dem XI. Parteitag (März 1922) zog die Partei die Bilanz des ersten Jahres der Neuen Oekonomischen Politik. Diese Bilanz gestattete Lenin zu erklären: „Ein Jahr lang befanden wir uns auf dem Rückzug. Wir müssen jetzt im Namen der Partei sagen: Genug! Das Ziel, das mit dem Rückzug verfolgt wurde, ist erreicht. Diese Periode geht zu Ende oder ist zu Ende. Nun setzen wir uns ein anderes Ziel: die Kräfte umzugruppieren.“

Um die Einheit der Partei

Gemeinsam mit Lenin verwirklichte und verfocht Stalin konsequent die Parteilinie und bekämpfte alle diese Feinde der Partei. Von großer Bedeutung für den Sieg der Parteilinie und den Zusammenschluß der Partei um Lenin, war die Leninsche Mehrheit des Zentralkomitees war der 16. Januar 1921 in der „Prawda“ veröffentlichte Artikel Stalins „Unsere Meinungsverschiedenheiten“. Gemeinsam mit Lenin verteidigte Stalin die Einheit der Partei gegen alle Angriffe der parteifeindlichen Fraktionen und Gruppierungen.

Die von Lenin auf dem Parteitag gestellten historischen Aufgaben mußten in die Tat umgesetzt werden. Auf Vorschlag Lenins wurde in der Plenarsitzung des Zentralkomitees der Partei nach dem Parteitag Stalin, der beste und treueste Schüler und Kampfführer Lenins, zum Generalsekretär des Zentralkomitees gewählt. Seit dieser Zeit ist Stalin ununterbrochen auf diesem Posten tätig.

Das Fiasko der Pfundabwertung

Sir Stafford Cripps lamentiert

London. (E.B.) Der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps mußte vor der Presse den Mißerfolg der Pfundabwertung eingestehen. Großbritannien habe zwar nach der Pfundabwertung eine Flut von Aufträgen erhalten, die jedoch im wesentlichen nur zu einer Verlängerung der Lieferfristen der britischen Industrie statt zu der erhofften Ausweitung der Lieferungen selbst geführt hätten. Zwar sei im Monat Oktober die Ausfuhr gesteigert worden, aber die Folgen der Pfundabwertung sind dadurch nicht abgeschwächt worden. Auf den ersten Blick erscheint es paradox, wenn Sir Cripps feststellen muß, daß der Wert der Ausfuhr in Pfund um 30 Prozent gegenüber den Vormonaten anstieg, sei, aber in der Dollarrechnung 9 Prozent niedriger liege als in den vorhergehenden Monaten. Cripps hat sich gehütet auszusprechen, wieviel Riesen-geschäft für die Dollarkönige in dieser Tatsache liegt. Er forderte, daß die Einfuhren

aus den Dollargebieten weiter gekürzt, die Ausfuhren nach den Dollarländern aber erhöht werden. Bezahlung von Dollar für Einfuhren ist unrentabel; Ausfuhren in Dollar bezahlt zu bekommen, das erfreuliche Gegenteil. Wir wollen nicht bei diesen Feststellungen erörtern, warum Sir Cripps und mit ihm das englische Empire gegen Windmühlen kämpft. Man hätte allerdings annehmen sollen, daß Sir Stafford Cripps sich im klaren über die Auswirkungen der Kautelen ist, die Britannien mit dem Marshall-Plan auf sich genommen hat.

SPD-Ministerpräsident gegen Mitbestimmungsrecht

Kiel. (E.B.) Der Ministerpräsident Dieckmann (SPD) von Schleswig-Holstein, erklärte Gewerkschaftsvertretern gegenüber, er könne „für ein Betriebsrätegesetz mit weitgehendem Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft des Landes keine Verantwortung übernehmen.“ Das braucht er dann auch nicht, denn die Arbeiter übernehmen selbst die Verantwortung.

Taschenspielerstückchen mit 13 Milliarden

Anlässlich des Abschlusses eines Marshall-Plan-Abkommens der westdeutschen Bundesregierung mit den USA mußten auch die Verbindlichkeiten der deutschen Bundesrepublik festgelegt und anerkannt werden. In dieser „Eröffnungsbilanz“ der Bundesfinanzen erscheint nun auch ein Posten von rund 3 Milliarden Dollar für durch die Besatzungsarmee in den Jahren 1945 bis jetzt geleistete Lieferungen von Lebensmitteln, Treibstoff usw. zur Verhinderung von Unruhen und Seuchen in den besetzten Gebieten“ sowie für Lieferungen aus dem Marshallplan. Dieser Betrag würde etwa 13 Milliarden DM entsprechen, die also als Verschuldung der Bundesrepublik an die Besatzungsmacht anerkannt werden müssen. Diese Verschuldung wird rechtlich damit begründet, daß nach der Haager Landkriegsordnung eine Besatzungsmacht solche Mittel auch „aus den Quellen des besetzten Landes“ schöpfen kann. Die von der Bundesregierung dem Volk abverlangte vorgezogene Hoffnung, daß die USA Deutschland diesen Betrag schenken würde, ist bereits früher von General Clay energisch zurückgewiesen worden.

MANNHEIM

Weihnachtsbaum

Ein armes kleines Mädchen träumt einen Kindertraum von Glück und Schönheit des Lebens...

Ein schönes Märchen, ein schöner Traum und ein schönes Ende. Gemacht war alles sehr hübsch und bunt von der Liselotte-Schule...

Leider versuchen auch unsere großen „Mädchen“ noch allzu oft unsere Traumüber die harte Wirklichkeit hinwegzukommen.

Weihnachtsfeier für Heimkehrer

Unter Mitwirkung von Künstlern des Nationaltheaters und der Kleinen Bühne veranstaltet der Zentralverband der Heimkehrer...

Stündlicher Verkehr Mannheim-Schwetzingen

Nach längeren Verhandlungen ist es endlich gelungen, die Unzulänglichkeiten im Fahrplan der Eisenbahnlinienn Mannheim-Schwetzingen...

Auf dieser Linie werden werktags von 6 bis 21 Uhr jede Stunde Fahrten von Schwetzingen nach Mannheim/Hbf. und von Mannheim/Hbf. nach Schwetzingen...

Nach Hockenheim werden insgesamt vier Kurse gefahren, so daß morgens, mittags, nachmittags und abends eine neue Verbindung dieser aufstrebenden Stadt mit Schwetzingen...

Wenn auch ein Teil der Wagen nur wochentags verkehrt, so besteht doch nunmehr auch an Sonn- und Feiertagen von 8 bis 21 Uhr fast stündlich eine Möglichkeit von Mannheim nach Schwetzingen...

Die Fahrzeit von Mannheim nach Schwetzingen, bezw. umgekehrt beträgt 35 Minuten. Neben Einzelfahrscheinen zu DM 0,80 werden ermäßigte Zehnertkarten und Monatskarten...

Zulagen für ambulante Kranke

Die Lebensmittellagen für die Monate Januar und Februar 1950 werden bereits in der Zeit vom 19. bis 24. Dezember 1949 ausgegeben...

Wir empfehlen daher den Empfängern von Krankenzulagen, die in der Zeit vom 15. 12. 1949 bis 3. 1. 1950 fällig werden, die Krankenzulagekarten vor dem 15. 12. 1949 abzuholen.

Städtisches Ernährungs- und Wirtschaftsamt Mannheim

Der Weihnachtsmarkt machte Ladenschluß

Der Besuch war gut — die Aussteller sind zurückhaltend

Wenn man zur Zeit des dicksten Gewühls sich durch die schmalen Gassen der Ausstellung zwängt, bietet sich kaum Gelegenheit, den Gang des Geschäfts zu erkunden...

Aber der Preis ist ein Diktator, vor dem viele Wünsche Träume bleiben.

Das zeigt sich zum Beispiel bei den Schmuckwaren, bei denen ja „Echtes“ oft

unerschwinglich ist. Dort aber, wo es gute Ausweichmöglichkeiten durch Ersatzstoffe gibt, wie zum Beispiel bei Handtaschen aus Plastik, anstatt aus Leder...

Die Spielwaren dominieren nicht so, wie man es auf einem Weihnachtsmarkt erwarten könnte. Bei der Geldknappheit in breiten Schichten des Volkes wird eben mehr auf praktische Geschenke gesehen.

An reichlicher Auswahl beim Spielzeug fehlt es nicht. Puppen und Teddys, Puppenstuben, Puppenküchen und sonstige übliche Geschenke von den Wunschzetteln früherer Generationen sind reichlich vorhanden...

Die Nachfrage nach Büchern war reger. Bücher für Kinder und Jugendliche, Märchenbücher usw., fanden genügend Abnehmer. Auch die Nachfrage nach anspruchsvoller Lektüre, darunter auch häufig nach Neuerscheinungen aus dem Ausland...

Tod durch Starkstrom

Der Polizeibericht meldet:

Bei einem Industrieunternehmen auf der Rheinau war ein Elektriker mit Stromstellungsarbeiten beschäftigt und befand sich zu diesem Zweck im Oelschalttraum. Unglücklicherweise hatte er die Arbeiter zu Beginn seiner Arbeiten unterlassen, die im Oelschalttraum befindliche Starkstromleitung von 3000 Volt Spannung abzuschalten...

Ein zweiter Arbeiter wurde durch die Wirkung des Kurzschlusses an die Wand geschleudert und erlitt eine vorübergehende Pupillenstarre, die sich aber später, nach Einlieferung ins Krankenhaus, wieder löste. Dieser Arbeiter konnte, da er sonst keine Verletzungen aufzuweisen hatte, wieder entlassen werden.

Die „schwarze Hand“

Zu einem unternehmungslustigen Trio hatten sich drei gleichaltrige Lehrlinge zusammengeschlossen, um mit besonderen „Heldentaten“ die Stadt in Atem zu halten. Ihr erstes Werk bestand darin, an einen hiesigen Pfarrer einen Droh- und Erpressungsbrief zu schreiben...

Illegaler Schnapsverkauf

Durch plötzliches Zutreffen wurde einem der in der Nähe der Kaserne wohnenden illegalen Schnapsverkäufer das Handwerk gelegt. 79 Flaschen Spirituosen, 20 Ampullen Penicillin, 6 PX-Karten, Dollar 27,30, DM 380.— und andere Gegenstände wurden sichergestellt.

Feier auf der Schönau

ASV veranstaltete einen Weihnachtsabend am Samstagabend versammelten sich im Siedlerheim am Bunker die Mitglieder und Freunde des ASV Schönau.

Ein sehr schön abgestimmtes Weihnachtsprogramm mit zum Teil künstlerischen Darbietungen und einer großen Tombola erfreute die zahlreiche Zuhörerschaft, trotz der Kühle in der weitläufigen Halle.

Eine besinnliche weihnachtliche Stunde mit den schönsten deutschen Weihnachtsliedern, den Arien- und Liedvorträgen (Beethoven und Richard Wagner) des Opernsängers Karl Janek und dem Chor des Gesangsvereins Schönau wurde abgelöst durch eine heitere Stunde, bei der E. Spachmann konfertierte und vielbelächte Dialektwitze zusteuerte.

Ritter der Nacht

„Capitol“ zeigt einen französischen Film von Jean Delannoy in deutscher Sprache, der uns in die Zeit Ludwigs des Vierzehnten versetzt. Der Held des Films, der Chevalier Henri de Lagardere, könnte einer von Dumas' abenteuernden drei Musketieren, vielleicht der ritterliche d'Artagnan, sein.

Schlechte Betriebsratsarbeit?

Ein Arbeiter der Firma Winterwerb und Streng, Maschinenfabrik, Mannheim-Käferal, schreibt uns: „Bei uns soll nächste Woche die Weihnachtsgratifikation ausbezahlt werden.“

Ich bin ungelerner Arbeiter und habe einen sehr geringen Lohn. Der Betriebsrat wollte schon vor längerer Zeit wegen unseren Löhnen bei dem Inhaber der Firma vorschlagen. Bis jetzt aber haben wir noch nichts davon gehört. Hat man uns vielleicht ganz vergessen?

Versammlungen der KPD Mannheim

Innenstadt-Ost und -West. Sonder-Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. 12., 19.30 Uhr, Lokal Fertig, Holzstr. 18. Thema: „Die Bedeutung der Persönlichkeit Stalins für die sozialistische Bewegung“.

MORGEN-FEIER

Stalin 70 Jahre

Sonntag, 18. Dezember 1949, vormittags 10 Uhr im „Capitol“ Neckarstadt. Redner: Willi Bohlen, Stuttgart. Mandolinorchester — Rezitationen.

Ralph Benatzky: „Meine Schwester und ich“

Zur Neuaufführung im Nationaltheater

Man braucht nur den Namen Ralph Benatzky zu nennen und jeder wird unwillkürlich lächeln. Das hat dieser versierte Hexenmeister des musikalischen Lustspiels, der Operette, des Songs und der Filmmusik so an sich.

Diese Komödie nun mit Musik, literarischen Ambitionen, einem musikalischen Abstecker (von Benatzky) in Verdis Reich, dem er parodierend ein paar Melodien entlehnt und vor allen Dingen mit viel Humor...

was herauskommen. Eine kapriziöse Prinzessin, die aus Liebe in die bescheidene Haut einer Schuhverkäuferin schlüpft, ein sehr naiver und schüchterer Literaturprofessor, ferner der obligate ungarische Graf, ein Revue-Girl mit viel Sex appeal...

Es war ein glücklicher Einfall, dieses kleine Werk zu Weihnachten herauszubringen. Ein gut gelauntes Publikum schob die Alltagsorgen beiseite und spendete nachhaltigen Applaus.

Die einmalige Aufführung dieses Einakters des Spätromantikers Jules Renard kann man nur als Beitrag zum „Jahr des Kindes“ werten...

Dr. ALFREDE REUBER prakt. Aertzin Bestrahlungen (Privat- und Ersatzkassen) Elisabethstr. 1 (Wasserturm) Tel. 4 49 46

Klaviere Neu und wenig geseelte Reparaturen und Stimmungen Hohner-Akkordeons, Teilzahlung Musikhaus Arnold, G. 4. 13. Kleiderschränke 200 cm 4 Tür. roh 295.- Schreibtisch Eichen 145.- Schreibrack 175.- 100 cm Eichen MEISEL MANNHEIM

Schlafzimmer in allen Holzarten in friedensmäßig. Ausfüh. direkt vom Hersteller Möbel-Angst Mannheim-Neckarstadt Lortzingstraße 12 zweite Querstraße von der Mittelstraße links

Berthold Rösch Färberei und chem. Reinigung Mannheim - Seckenheim Tel. 472 95 Eheleute Keine Frauensorgen mehr d.u. UTE - Dauer Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Freiumschlag Pharmagent Hamburg 1, Postfach 709 R

Wezner's moderne Kleiderpflege chem. Reinigung Mannheim, S. 2, 13 Betrieb U 1, 6 Tel. 424 24 Schwarzwälder Qualitätsuhren aller Art, auch in bim-bam-u. Westmünsterschlag, dir. ab Fabrik bis 9 Monatsraten. Uebergabe der Uhr bei der 1. Rate. Anfr.: Auslieferungslager Mhm.-Waldhof, Postf. 40

Ein Augenglas zur rechten Zeit erhöht die Lebensfreudigkeit Zimmer Uhren-Optik am Tattersoll Kossenerlieferant billig und fein kauft man bei Meister Rothermel ein. Alte Frankf. Str. 26 - Ufer-Passage Tel. 574 22 Tel. 539 81

C. Blumhardt Fahrzeugwerk Wuppertal-Vohwinkel luftbereifte Gespannwagen Langholzswagen

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion.

Schlechte Betriebsratsarbeit?

Ein Arbeiter der Firma Winterwerb und Streng, Maschinenfabrik, Mannheim-Käferal, schreibt uns: „Bei uns soll nächste Woche die Weihnachtsgratifikation ausbezahlt werden.“

Die Massen haben einen gesunden Verstand, den sie erst fahren lassen, wenn unredliche Leute sie aufwecken.

Dieser gesunde Verstand beruht auf Wahrheiten allgemeiner Natur, die in Moskau ebenso wie in London und in Genf ebenso wie in Kalkutta ihre Gültigkeit haben. Honore de Balzac

das schon eingespargt, was sie uns als sogenannte Weihnachtsgratifikation gibt.

Ich bin ungelerner Arbeiter und habe einen sehr geringen Lohn. Der Betriebsrat wollte schon vor längerer Zeit wegen unseren Löhnen bei dem Inhaber der Firma vorschlagen. Bis jetzt aber haben wir noch nichts davon gehört. Hat man uns vielleicht ganz vergessen?

Versammlungen der KPD Mannheim

Innenstadt-Ost und -West. Sonder-Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. 12., 19.30 Uhr, Lokal Fertig, Holzstr. 18. Thema: „Die Bedeutung der Persönlichkeit Stalins für die sozialistische Bewegung“.

MORGEN-FEIER

Stalin 70 Jahre

Sonntag, 18. Dezember 1949, vormittags 10 Uhr im „Capitol“ Neckarstadt. Redner: Willi Bohlen, Stuttgart. Mandolinorchester — Rezitationen.

Eine zerbrochene Ehe, eine liebelose Mutter und ein Halbwüchsiger, sensibel, von knabenhafter Scheuheit, dessen kindliche Liebe von der harten Frau im Keim erstickt wurde...

Die etwas schwerfällig konstruierte und träge dahinfließende Handlung gibt nicht viel Anreiz für ein größeres Publikum außer den Pädagogen. Am saubersten durchgezeichnet ist die Figur des Jungen, der in einem unnötig langen Dialog mit dem dienstbaren Geist seine Eltern ziemlich kritisch schildert, Oscar Wildes Wort damit wahrnehmend, daß Kinder ihre Eltern erst lieben, später sie aber dann verurteilen.

Es waren nicht viele, die der Vererbung vor dem Pädagogenkongreß beiwohnten. Ein uns fremdes Milieu französischer Kleinbürgertums aus einer entfremdeten dahingegangenen Zeit fand ein zurückhaltendes Publikum, das nur den Darstellern einen kleinen Tribut zollte. Franz Mohr.

KARLSRUHE

Beihilfen zur Ausbildung von Lehrlingen und Anlernlingen

Der Präsident des Hauptamts für Soforthilfe hat die „Vorläufige Weisung über Beihilfen zur Ausbildung von Berufsanwärtern des Handwerks und der Industrie“ erlassen.

Die Beihilfen werden zunächst auf die Dauer eines Jahres, d. i. vom 1. Dezember 1949 bis 30. November 1950 gezahlt, es sei denn, daß die Lehrzeit vor dem 30. November 1950 beendet wird.

Antragsberechtigt sind Lehrlinge und Anlernlinge, die entweder Flüchtling oder Spätkemkehrer oder politisch Verfolgte im Sinne der einschlägigen Bestimmungen des Soforthilfegesetzes sind.

Die Anträge sind bei den Arbeitsämtern zu stellen, welche die vorgeschriebenen Formblätter ausgeben und nähere Auskünfte über die beizubringenden Unterlagen erteilen.

Über die Anträge entscheidet ein Ausschuss am Sitze des Landesamtes für Soforthilfe, für den Landesbezirk Nordbaden in Karlsruhe, dem Vertreter der Geschädigtengruppen und der beteiligten Behörden angehören.

Karlsruher Jugend plant Jugendparlament Karlsruhe (IwB). Die gewerkschaftliche Jugend von Karlsruhe will in nächster Zeit ein Jugendparlament bilden.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, hält am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 19.30 Uhr, im Ziegler-Saal, eine Mitgliederversammlung ab.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Stadteil Innen Ost-Ost. Feierstunde zum 70. Geburtstag des Genossen Josef Stalin am 16. Dezember 1949, um 19.30 Uhr, in der „Granate“.

Stadteil Süd. Feierstunde zum 70. Geburtstag des Genossen Josef Stalin am 16. Dezember 1949, um 20 Uhr, im „Auerhahn“.

Mühlburg. Feierstunde zum 70. Geburtstag des Genossen Josef Stalin am Samstag, den 17. Dezember 1949, um 20 Uhr, in der „Brunnenstube“.

Der Frauenausschuß der kommunistischen Partei veranstaltet am Mittwoch, den 14. Dezember 1949, um 15 Uhr, im Saal des „Elefant“, Kaiserstraße 42, eine Kinder-Weihnachtsfeier.

für die schulpflichtigen Kinder der Mitglieder. Die verteilten Einladungen müssen am Saaleingang vorgezeigt werden.

Merkwürdige Zustände im Grenzgänger-Lager

Täglich 3200 bis 3800 Kalorien

Karlsruhe. Nach neuerlichen Beschlüssen wurde als erster Flüchtlings-Sammelpunkt für die amerikanische Zone das Flüchtlings-Auffanglager Gießen festgelegt.

Nur durchschnittlich 15% von ihnen bekommen das Asylrecht aus politischen oder, wie man sich ausdrückt, aus menschlichen Gründen zuerkannt, wobei sich wiederum die „Politischen“ in verschwindender Minderzahl befinden.

Karlsruhe. Im Rahmen der Karlsruher Hochschulvereinigung sprach der sogenannte unabhängige Bundestagsabgeordnete Richard Freudenberg, Weinheim, über das Thema „Neuzeitlicher Kapitalismus“.

Man muß es diesem Vertreter des Hochkapitalismus mit patriarchalischer Verbrämung lassen, die augenblickliche Situation sieht er durchaus klar.

Herr Freudenberg meint, „daß wir im dichten Nebel mit schwindender eigener Kraft wandern.“

„Der Unternehmer ist nur Treuhänder anvertrauten Gutes“, das sind so die Schlagworte, mit denen man die Arbeiter irre führen will.

über der Tür. Nicht ganz in der Mitte. Ob Gabler schon wieder zu Hause ist? B-o-n-t-e. Auf Wiedersehen, Fräulein Burmann.

Vagabunden und Dirnen unterzutauchen, um mehr oder weniger schnell bei der Polizei oder im Geschlechtskrankenhaus zu landen.

Aus der geringen Zahl der „Anerkannten“ kann man immerhin erkennen, daß man auch im Westen Deutschlands begriffen hat, daß es sich bei den „armen Geheizten“ aus der Ostzone fast ausnahmslos um Arbeitsscheue, Bumelanten, asoziale und kriminelle Elemente handelt.

„Neuzeitlicher Kapitalismus“

eine alte „Theorie“ neu aufgewärmt

Was die arbeitenden Menschen brauchen, das sind keine Phrasen über Schicksalsgemeinschaft von Arbeiter und Unternehmer, keine propagandistische Verwischung der brutalen Ausbeuterpraxis.

Rübe und die Lehrer

Karlsruhe. Bei einer Lehrerkonferenz kam die Verwahrung unserer Jugend zur Sprache. Besonders schädigend sollen, außer Schundliteratur, Zeitungsberichte über Verbrechen wirken.

Machen es sich die Lehrer nicht zu leicht, wenn sie eine Zeitungszensur ersehen? Gewiß, die Tatsachen des Rübe-Prozesses sind in ihren schauerlichen Einzelheiten für das kindliche Gemüt ungesund.

„Ja?“ Konrad mustert sie alle drei der Reihe nach. „Guten Tag, Herr Landgerichtsrat!“ sagt Bonte.

Affaire BLUM ROMAN VON R. A. STEMMLE Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

„Wer hat denn hier die Kreuze gemacht?“ „Das war noch Wilhelm.“ „Hat er denn eine Stellung gesucht?“ „Fürlich. Er war doch bei Blum & Co. entlassen.“

Eine Frau erhebt sich aus dem Sessel. Sie ist dunkel gekleidet und blickt ernst und gar nicht überrascht auf das Mädchen.

„Das ist gut, daß Sie kommen, Fräulein Burmann.“

Herr Landgerichtsrat Konrad eilt die Stufen der Treppe mit Untersuchungsgefängnis hinunter, er wirbelt den Gang entlang, reißt die Tür zu einem Zimmer auf, tritt ein und verschwindet in dem großen Raum.

Zimmer 125 liegt im ersten Stock des Centralhotels. Christina Burmann kommt den Gang entlang. Die Tür, die der Nummer 125 gegenüberliegt, trägt die Nummer 117.

„Und?“ fragt Konrad und blickt auf den Rohrstuhl und auf das seltsam verdeckte Gestell.

„Ich bin Frau Blum“, sagt die Frau, und es klingt so tieftraurig, daß sich Christina Burmann ans Herz fassen muß.

„Das ist denn das Protokoll reichen. Der nimmt es nicht. Er läßt sich in den Rohrstuhl fallen, als sei er eigens für ihn hingestellt.“

„Was ist denn das nun wieder? Wo soll denn das hinaus? Da steckt doch wieder was dahinter. Das Mädchen hat freiwillig gestanden.“

„Freiwillig. Ich habe ja keinerlei Mittel in der Hand. Nachdem Sie mich abgelehnt haben...“

HEIDELBERG

Heidelberger Soforthilfeausschuß will noch vor Weihnachten 80000 DM auszahlen

Heidelberg (IwB). Der Heidelberger Soforthilfeausschuß wird wahrscheinlich noch vor Weihnachten rund 80000 DM auszahlen, wie der Vorsitzende des Ausschusses, Rechtsanwalt Ulrich, am Samstag mitteilte.

Vor Schwindlern wird gewarnt

Heidelberg. Der Vorstand der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen der Ortsgruppe Heidelberg-Stadt führt in diesen Tagen eine genehmigte Haussammlung für eine Weihnachtsbescherung der Kriegerwaisen und Hinterbliebenen durch.

Es ist sehr bedauerlich, daß man den Namen der Kriegsversehrten für derartige Zwecke mißbraucht. Der Verband macht daher alle Privatpersonen und Geschäfte in Heidelberg darauf aufmerksam, daß nur Personen für den Verband sammeln dürfen.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg

Heidelberg-Kirchheim. Am Dienstag, den 13. Dezember 1949, um 20 Uhr, findet im Saalbau „zur Rose“ eine Protestversammlung statt.

Nußloch. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 13. Dezember 1949, um 20 Uhr im „Engel“.

Gen. Hilbert tödlich verunglückt

Am Samstagabend verunglückte das Mitglied des Betriebsrates der Portland-Zementwerke Leimen in Ausübung seines Dienstes tödlich. Val. Hilbert ist Mitglied der KPD.

Val. Hilbert stand im 62. Lebensjahr. Die Ursache des tödlichen Unfalles ist noch nicht geklärt.

Das Wunderhaus der Kleinen

50 Jahre Deutsches Spielzeugmuseum

In der Stadt Sonneberg, dem Zentrum der Thüringer Spielzeugwarenindustrie, gibt es ein wunderbares Haus. Es ist das jetzt 50 Jahre bestehende Deutsche Spielzeugmuseum.

Schon vor 200 Jahren wurde in der Sonneberger Gegend das kunstfertige Spielzeugschmitten geübt. Aus rohen Brettern, aus gespaltenem Holz, aus gedrehten Kernstücken entstanden vor allem Holzpuppen und Puppenhausrat.

Um 1800 erwarb die Vorliebe für wilde Tiere. Das bezeugen die zahlreichen dichtgefüllten Menagerien, die einträchtig neben den Ställen stehen, in denen die zierlichen Schäfchen und das liebe Rindvieh unter-

gebracht sind. Wir sehen auch allerlei lustiges Spielzeug, Musik- und Lärminstrumente, Trommeln, Truhen und Spahnschachteln und sogar einen Stuhl, der wie ein Esel schreit, wenn man sich setzen will.

Eine berühmtheit sind die Sonneberger Brotteigfiguren aus der Mitte des 18. Jahrhunderts und andere Figuren, die entstanden, indem man ein Gerippe aus Draht mit flüssigem Teig beschicht und diesen gründlich austrocknen ließ.

Da ist z. B. eine große Schaupuppe unter der Bezeichnung „Gulliver“, die bereits historische Bedeutung besitzt. Die Figuren sind aus Papiermaché in Verbindung mit Brotteig hergestellt.

Das ist ja merkwürdig.“

„Gabler ist unzweifelhaft der alleinige Täter, Herr Landgerichtsrat. Darum hab ich Sie ja gleich herbeigebeten.“

„Sie kennen es?“ „Ja“, sagt Schwerdtfeger.

„Bitte, überzeugen Sie sich selbst!“

„Was ist mit Schwerdtfeger los? Was steht Lorenz da so grau im Hintergrund umher?“

„Wo ist das Material?“

„Hier!“ Bonte reicht abermals die beschriebenen Blätter.

„Das ist das Protokoll. Wo ist das andere Material?“

„Lassen Sie mich ein paar Fragen an Gabler stellen.“

„Ich denke ja gar nicht daran!“ „Schade!“ sagt Bonte, nimmt sein grünes Hüthen und greift nach der Reisetasche.

Schwerdtfeger schweigt. Lorenz Auge zuckt heftiger. Bonte hat die Klinke schon in der Hand.

„Warten Sie!“ Bonte bleibt.

„Bitten Sie Landgerichtsdirektor Hecht her!“

Schwerdtfeger eilt hinaus.

„Es sei dringend. Und ich will da nichts allein entscheiden“, ruft Konrad ihm nach. Und zu dem Assistenten Lorenz sagt er: „Lassen Sie Gabler vorführen!“

Lorenz geht ebenfalls. Die beiden sind allein. Bonte stellt seine Handtasche wieder hin und legt sein Hüthen fort.

„Darf ich das Protokoll bitte sehen?“ Konrad nimmt die Blätter. Dann geht er zum Schalter und knipst das Deckenlicht an, stellt sich mitten in den Raum und liest die Unterschriften.

„In Zeugengegenwart von Frau Dr. Blum? Die war dabei?“ „Ja, sie war mit in Köln.“ „Das ist ja merkwürdig.“